

II - 310 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 17013

1979 -10- 24

A N F R A G E

der Abgeordneten WIMMERSBERGER, Dipl.-Ing. RIEGLER
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Aufbau einer Poweralkoholindustrie in Österreich

Der Aufbau einer Poweralkoholindustrie in Österreich für eine möglich erscheinende Substitution bis zu 15 % Benzin durch Ethanol und eine parallel laufende Futtermittelproduktion hätte positive Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation unseres Landes. Als wesentliche Aspekte können dazu angesehen werden:

- Deviseneinsparung durch Verringerung von Rohöl- und Futterimporten.
- Zur Erbringung der notwendigen Rohstoffe wird eine außerhalb von Stützungsmaßnahmen liegende Agrarindustrie forciert, die eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeitsplätzen gerade in traditionell strukturschwachen Gebieten schaffen kann.
- Nicht zuletzt würde sich das beim Aufbau einer neuen Technologie gesammelte Know-how günstig für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der österreichischen Anlagenbauindustrie auswirken.

Für den Aufbau einer solchen Industrie sind einige legislative Voraussetzungen notwendig. So müßten für einen Einsatz von Ethanol als Treibstoffalkohol neben den grundsätzlichen Fragen des Rohstoffbedarfes und der Technik auch steuer- und wirtschaftsrechtliche Frage gelöst werden, die die Wirtschaftlichkeit des Konzeptes entscheidend mitbeeinflussen.

Da es sich bei Poweralkohol nicht um ein trinkbares Produkt handelt, könnte dieser Alkohol von der Monopolsteuer befreit werden.

Für die derzeit gültigen Arbeitszeitregelungen in Branntweinfabriken müßten Modifikationen dahingehend überlegt werden, daß Poweralkoholfabriken im 3-Schicht-Betrieb durchlaufend betrieben werden können.

Die für Branntweimbrennereien bestehenden Auflagen nach dem Genußmittelgesetz, wie Versiegelungen und lebensmittelgerechte Materialwahl, würden bei Anwendung auch für Poweralkoholfabriken die Anlagen unbegründet wesentlich verteuern.

Als weitere Maßnahmen zugunsten eines Einsatzes von Poweralkohol könnten genannt werden:

- Verbraucherpreisbelastung nur mit zweckgebundenen Abgaben wie Straßenbau und -erhaltungsabgaben.
- Verpflichtung der Mineralölfirmen zur Beimischung von Poweralkohol, eventuell über Umweltschutzauflagen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Besteht seitens Ihres Ressorts die Absicht, die offenen wirtschafts- und steuerrechtlichen Fragen zum Aufbau einer Poweralkoholindustrie in Österreich zu überprüfen und gegebenenfalls die entsprechenden legislativen Maßnahmen in die Wege zu leiten?
- 2) Wenn dies der Fall ist, welche Maßnahmen werden bis wann seitens Ihres Ressorts in dieser Hinsicht ergriffen?
- 3) Wenn nein, was spricht gegen die Schaffung legislativer Voraussetzungen für den Aufbau einer Poweralkoholindustrie in Österreich ?